

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Dies Blatt enthält die amtlichen

Bekanntmachungen für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, für den

Stadtrat zu Bad Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: monatlich 4.— M., ins Haus gebracht 4.50 M., durch die Post 4.— M. (ohne Bestellgeld). Einzelne Nummer 20 Pf. Bestellungen nehmen die Briefträger und Postanstalten, sowie alle Zeitungsboten entgegen.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hietz.



Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Annahme derselben bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die Zeitschriftseite 60 Pf., für auswärtige Auftraggeber 75 Pf. (tabellarischer und schwieriger Satz nach Uebereinkunft), Reklame u. Eingeladene die Seite 150 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Vertrauf Nr. 22 Gemeindeverbands - Girokonto Bad Schandau 36.

Postcheckkonto Leipzig Nr. 34918 —: Telegramme: Elbzeitung.

Nr. 240

Bad Schandau, Mittwoch, den 13. Oktober 1920

64. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Wie verlautet, ist der Ministerialdirektor Ulrich Rauffner vom Auswärtigen Amt zum deutschen Gesandten in Georgien ernannt worden.

* Nach einer Drablung aus London besteht heute innerhalb der britischen Regierung eine Neubeit für den unmittelbaren Eintritt Deutschlands und Österreichs in den Völkerbund.

* In Riga ist der Vorfriede zwischen Polen und Sowjetrußland unterzeichnet worden.

Wider die Natur.

Wenn in Deutschland oder anderwärts von der Wiedergutmachungskommission die Rede ist, hört man immer wieder von Rechtsbrüchen und Willkürlichkeiten, welche die Kommission durch Vererbung auf irgendeinen Paragraphen des Friedensvertrages zu rechtfertigen sucht, ohne sich jemals die Mühe einer wirklichen Bearbeitung zu geben. Der französische Nachgelehrte, der die Kommission fast schrankenlos beherrscht, sorgt zur Genüge dafür, daß eine Demütigung für Deutschland die andere ablöst. Aber was jetzt bekannt geworden ist, das läßt doch wieder einmal die ganze Welt aufhorchen. Sie verlangt nichts mehr und nichts weniger, als daß alle in Deutschland vorhandenen schnelllaufenden Dieselmotoren geschlagen werden. Und daß fortan keine Maschinen dieser Art mehr bei uns gebaut werden dürfen. Man glaubte erst an irgendeine Sinnesänderung, aber nein, bei der Maschinenfabrik Augsburg-Würzburg hat sich bereits eine Entente-Kommission bilden lassen mit dem Verlangen, ihr das vorhandene Motorenmaterial zur Verschlagnahme auszuliefern, und die deutsche Regierung mußte mit dürren Worten bestätigen, daß die Vorkaufkonferenz die Forderung der Wiedergutmachungskommission trotz deutschen Einspruchs als berechtigt anerkannt habe. Wir stehen also wieder einmal, so scheint es, vor einer vollendeten Tatsache.

Wollendet wenigstens insofern, als wir es wohl mit einem endgültigen Beschluß der Ententeherren zu tun haben. Unsere Regierung hat zwar abermals diplomatische Schritte gegen diese uns angekommene Barbarei unternommen, aber sie pflegt ja nun einmal in diesen Dingen kein Glück in Paris zu haben. Dagegen hat sich der Arbeiterschaft der beteiligten Unternehmungen eine starke Erregung bemächtigt, und sie scheint entschlossen zu sein, jeden Versuch der Zerstörung dieser Kraftmaschinen unbedingten Widerstand entgegenzusetzen. Die deutsche Öffentlichkeit ist leider zu spät mit dieser Angelegenheit befaßt worden; sonst wäre es ihr vielleicht doch gelungen, das Gewissen der Nationen noch rechtzeitig wach zu rütteln. Um was handelt es sich denn? Wir haben bereits seit 1897 Dieselmotoren im Betrieb. Die Erfindung eines deutschen Ingenieurs, die, nachdem einmal ihre Verwendungsfähigkeit erprobt war, sehr rasch namentlich auch in Amerika Eingang gefunden hat. Bei bedeutender Kraft bzw. Brennstoffersparnis bringt sie eine beträchtliche Erhöhung der Leistungsfähigkeit zustande. Kein Wunder also, daß unsere Industrie sich dieser Erfindung mit Wonne bemächtigte; und ebenso selbstverständlich war es, daß die Konstrukteure unserer Kriegsschiffe, besonders der Unterseeboote, sie in den Dienst der Fahrgeschwindigkeit stellten. In diesem Zusammenhang ist wohl in den Köpfen der Wiedergutmachungskommission die Vorstellung erwachsen, daß sie es hier mit einem leidenschaftlichen Gottfiebetrug zu tun habe, dem unter allen Umständen der Garaus gemacht werden müsse. Daß wir keine Unterseeboote mehr bauen dürfen, daß Zahl und Art unserer Kriegsschiffe in Zukunft genauer Kontrolle der Siegerstaaten unterliegen, genügt ihr nicht. Und daß die Verwendung dieser Motore für Kriegszwecke sich nur nebenher ergeben halte, daß ihre Hauptbedeutung in der Erleichterung und Bereicherung unserer industriellen Friedensarbeit liegt, das kümmert sie den Teufel. Sie besteht auf dem Schein, den sie zu besitzen glaubt und bildet sich noch etwas ein auf die Scheinlappen, die sie sich umgelegt hat. Sonst würde sie, vielleicht, bemerken, welche große Rolle diese Dieselmotoren bereits in der deutschen Industrie spielen. Daß wir ihrer nicht entraten können, wenn unsere Energienotwendigkeit zur Erzeugung von Elektrizität, zur Erparung von Kohlen nicht ins Ungemessene erwachsen soll; daß Tausende von Arbeitern auf die Straße fliegen müssen, wenn wir wirklich gezwungen werden sollten, die deutsche Erfindung stillzulegen.

Aber auch von der unmittelbaren praktischen Wirkung dieses neuesten Ententeschlages abgesehen; ist es nicht eine ungeheuerliche Sondergerichtsbarkeit, eine Erfindung, auf die menschlicher forschender Geist mit Recht stolz sein könnte, einfach aus der Welt schaffen zu wollen, weil sie auf deutschem und nicht auf französischem oder britischem Boden gewachsen ist? Eine Geistesarbeit unterdrücken zu wollen, die den schaffenden Kräften auf der Erde neue ungeahnte Antriebe gab, wohl weil auch ihre Verwendung für kriegerische Zwecke möglich gewesen ist? Ist es nicht genug, daß uns so ziemlich jede vorhandene Lebensmöglichkeit auf Schritt und Tritt unterbunden wird? Sollen und müssen wir es uns auch gefallen lassen, daß jeder geistige Ansatz zu neuem Werden und Wachsen von vornherein von grausamen Händen gestört wird ohne Rücksicht darauf, daß dieser Fortschritt nicht nur dem wiedererbetenen Völkern,

sondern auch den ach so stolzen Siegern Vorteil und Nutzen bringt? Hat man uns nicht wohlwollend auf die Rolle als Volk der Dichter und Denker verwiesen, die man uns nicht verfluchen wolle, während Politik und materieller Reichtum nur für andere Nationen vorhanden sein sollten — und jetzt soll auch deutsche Erfindung nur mit hoher obrigkeitlicher Genehmigung des Völkerbundes gemacht und verwertet werden dürfen? Will man wirklich auch dem Blindeleuten bis zum Greifen deutlich machen, um welcher Güter willen der Weltkrieg geführt worden ist? Daß der machtvolle Aufschwung des deutschen Nationalen in allen Teilen der Erde den Engländern und Franzosen keine Ruhe gelassen hat? Und soll es denn gar kein Ende nehmen mit dieser Qual, daß wir getreten und immer wieder getreten werden, nur damit Herr Millerand mit seinem Durst nach Rache, mit seiner Wut gegen alles, was deutsch ist, gehdrig auf die Kosten kommt? Die Sinnlosigkeit dieses Vorgehens wetteifert hier mit seiner Willkür. Aber die Grenze des Erträglichen scheint uns nähergerade erreicht zu sein.

Im bayerischen Landtag liegt bereits eine geharnischte Anfrage an die Regierung vor, in der von den ungeheuren Gefahren dieser neuesten Helment der westlichen Kultur die Rede ist. Herr v. Rahr wird es hoffentlich bei dieser Gelegenheit nicht an echt bayerischer Deutlichkeit fehlen lassen.

Einigungsverhandlungen in Berlin.

Berlin, 13. Oktober. Was der „Vorwärts“ im Reichsarbeitsministerium erzählt, haben die Bemühungen, die streikenden Parteien im Einigungsvertrage zu neuen Verhandlungen zusammenzuführen, den Erfolg gehabt, daß heute vormittags 10 Uhr eine Einigungsverhandlung stattfand, die in den Räumen des Reichsarbeitsministeriums in der Schopenhauerstraße tagt.

Reichsregierung und Befolungsordnung.

Der Ernst der Finanzlage.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat sich in einem Schreiben an eine süddeutsche Zeitung über die gegenwärtige finanzpolitische Lage und über die Stellung der Reichsregierung zur Befolungsordnung und deren Verabschiedung geäußert, wobei er u. a. sagte: Es handelt sich bei meiner Stellungnahme zu weitergehenden Beamtenwünschen nicht darum, dieser oder jener Gruppe etwa aus Geschäftigkeitsgründen eine Höherstellung zuzubilligen oder zu versagen, sondern ich habe sowohl den einzelnen Ministerien gegenüber wie auch in der entscheidenden Sitzung der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß es nach meiner Auffassung gänzlich unmöglich ist, im Hinblick auf den Ernst der Finanzlage des Reiches solche weitgehenden Umformungen der Befolungsordnung noch vorzunehmen, daß außer den schon jetzt erwachsenden Mehraufwendungen von 40 Millionen, die zu den Frühjahrsaufwendungen hinzukommen, noch eine weitere Milliarde hinzutreten würde. Man möge den Finanzminister juchen, der es wagt, an den Reichstag zu treten, um jetzt, nachdem die letzten Differenzen des Reichstages in der ungeheuerlichen Höhe von 87 Milliarden bekannt geworden sind, die Befolungsordnung des Reiches noch einmal umzubauen. Ich habe nie verkannt, daß selbstverständlich nicht alle Särten der Befolungsordnung nummehr ausgemerzt sind. Im Befolungsausfluß des Reichstages steht jetzt diese Angelegenheit zur Beratung; er hat jede einzelne Position zu prüfen und den Finanzminister und seine Mitarbeiter zur Rechenschaft zu ziehen. Jetzt liegt es bei den politischen Parteien, unter Erwägung der besorgniserregenden Finanzlage und unter Berücksichtigung der Gerechtigkeit das Best zum Abschluß zu bringen.

Der Minister erinnert an seine Mitteilungen, die er in einer der letzten Sitzungen des genannten Ausschusses gemacht hat, daß die Regierung für eine Befolungsordnung, die einen gänzlich neuen Aufbau bedeute, eine Verantwortung nicht übernehmen könne. Es handle sich nur noch darum, soweit als möglich in den Gehaltsaufwandsbesparungen hineinzubringen. Alle Forderungen auf Hebung verschiedener Beamtenklassen unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit zu prüfen, sei Sache des Ausschusses.

Dr. Wirth spricht die Hoffnung aus, daß es gelingen wird, die noch bestehenden Särten soweit als möglich auszugleichen und das Werk der Befolungsordnung und die ebenso schwierige Aufgabe der Einstufung zum Abschluß zu bringen.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Internationaler politischer Generalkonferenz.

In dem namens des Parteivorstandes erstatteten ausführlichen Bericht verurteilt der Berichterstatter Abg. Welsch die Politik der Linkradikalen als Kriegspolitik und fordert die Revision des Versailler Friedensvertrages nach sozialistischen Gesichtspunkten, sofortige Inangriffnahme und Durchführung des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete, die Schaffung eines internationalen und politischen Generalkonferenzen durch die Internationale und schließlich die sofortige Wiederaufnahme politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu Ausland. Sodann kommt er zur inneren Politik und wendet sich in scharfen Worten gegen die Deutsche Volkspartei, die nach der Gegnerschaft des Wahlkampfes die Mehrheitssozialisten immer wieder zur Mitarbeit einladen haben. Parteilich

staltet den Bericht über Organisation und Kasse, der feststellt, daß die Partei im vergangenen Jahre um etwa 15 % gewachsen sei. Die Zahl der Ortsvereine hat sich um etwa 40 % erhöht.

Scheidemann gegen Cohen-Neuf.

In der dann einsetzenden Debatte ging Cohen-Neuf ausführlich auf die auswärtige Politik ein und wandte sich gegen die sogenannte englische Einstellung. Er beantwortete die Klagen über die alliierten Besatzungsgruppen mit einem Hinweis auf unsere Befreiung französischer Gebiete 1871. Eduard Bernstein stimmte Cohen insofern zu, als auch er das Hauptgewicht auf ein gutes Verhältnis mit Frankreich legte. Die folgenden Redner wandten sich zum Teil mit ziemlicher Schärfe gegen diese Auffassung, der Scheidemann in seinem Schlusswort ebenfalls noch einmal energisch widerspricht.

Für eine Einheitsrepublik.

Im weiteren Verlauf der Beratungen ging dem Parteitag folgende Entschliessung zu:

„Der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands und die Neuordnung des durch die Kriegsfolge aufs schwerste erschütterten Reichshaushalts sind nur unter Mitwirkung aller Volkskräfte in einem auf demokratischer Grundlage ruhenden, einheitlich geleiteten Staatswesen durchzuführen. Der Parteitag bekennt sich daher zur Forderung der einen und unteilbaren Deutschen Republik. Den nach dem Willen ihrer Bevölkerung in der Deutschen Republik auf Grund von Stammeseinheit oder wirtschaftlicher Zusammengehörigkeit zusammengefügten Ländern ist zur Ordnung ihrer eigenen Angelegenheiten im Rahmen der Reichsverfassung volle Selbstverwaltung zu gewähren. Die auswärtige Politik ist ausschließlich Sache des Reiches. Der Parteitag verurteilt alle separatistischen Bestrebungen auf das schärfste und erwartet, daß die Arbeiterklasse in allen Teilen Deutschlands auch fernerhin bereit sein wird, die Einheit der Republik gegen jeden Absplitterungsversuch mit allen Mitteln zu verteidigen.“

Für und gegen Moskau.

Spaltung der U. S. B. D. Niederrhein.

Zu einer Spaltung der U. S. B. D. Niederrhein kam es auf dem Düsseldorf-Parteitag. Bei der Abstimmung über den Anschluß an die Dritte Internationale stimmten 181 Delegierte für, 56 gegen den Anschluß. Die Minderheit erklärte der, der den Anschluß befürwortete, als außerhalb der Partei stehend, zog in ein anderes Lokal und konstituierte sich als Parteitag der U. S. B. D. Die 87 000 Mitglieder zählende U. S. B. D. Niederrhein ist damit gespalten.

Auf dem deutschen Bezirkstag der U. S. B. in Meine wurde mit 34 gegen 8 Stimmen der sofortige Anschluß an die Dritte Internationale beschlossen. Ferner hat die Urabstimmung, die von 85 Ortsgruppen in Hannover stattgefunden hat, 2795 gegen 1063 Stimmen ebenfalls für den Anschluß an Moskau ergeben.

Auftakt in Halle.

In Halle, dem diesjährigen Ort der Tagung der U. S. B. D., hielt bereits das Zentralkomitee der Partei zusammen mit Weirat und Kontrollkommission eine Sitzung ab, um die letzten Vorbereitungen für den Parteitag zu treffen. Nach vorläufigen Feststellungen sind bisher 220 Befürworter und 158 Gegner der Bedingungen als Delegierte anwesend. Von der Reichstagsfraktion sind etwa 60 Gegner der Bedingungen, der Rest Befürworter. Aus einer Anzahl Bezirke liegen Proteste vor; sie sind zum Teil damit begründet, daß keine Urwahl stattgefunden hat. Andere Bezirke führen Beschwerde, daß bei der Wahl der Delegierten das Verhältniswahlsystem nicht angewendet wurde.

Russisch-polnischer Vorfriede.

Unabhängigkeit Weißrußlands und der Ukraine.

Aus Warschau wird gemeldet, daß nach längeren Verhandlungen in Riga nunmehr von den beiderseitigen Unterhändlern der Waffenstillstand und das Vorfriedensabkommen unterzeichnet wurde. Das Waffenstillstandsabkommen besagt u. a., daß die polnischen und russischen Truppen sich 15 Kilometer von der Demarkationslinie zurückziehen sollen. Die dadurch entstehende 30-Kilometer-Zone wird als neutral erklärt. Sofort nach dem Waffenstillstandsabkommen werden die Feindseligkeiten gegenseitig eingestellt. Der Waffenstillstand wurde für 21 Tage abgeschlossen. Sollte er bis zu dieser Zeit nicht gekündigt werden, dann läuft er automatisch bis zur Ratifizierung der Friedensverträge weiter. In dem Vorfriedensvertrag ist gesagt, daß beide vertragschließenden Parteien die Unabhängigkeit der Ukraine und Weißrußlands anerkennen.

Russische Propaganda in Prag.

Prag, 13. Oktober. Am Montag fand einige Vertreter der russischen Fachorganisation in Prag eingetroffen. Ihr zu Ehren veranstaltete der Gewerkschaftsrat einen Abend, auf dem ein Russe betonte, das Proletariat dürfe sich heute nicht darauf beschränken, nur in den Grenzen seines Landes tätig zu sein. Nach Verurteilung der Amsterdamer Internationale machte er Propaganda für die Moskauer Internationale.